

Anrede,

ich freue mich bei der Eröffnung von mehr ambulanten Hilfen für Menschen mit Behinderung in Düsseldorf dabei zu sein.

Das Betreute Wohnen wird von immer mehr Menschen mit Behinderung als die geeignete Hilfeform angenommen und das ist auch gut so.

Rheinlandweit stieg die Zahl in 2009 um etwa 2500 .

Im Gegenzug stagniert die Zahl der Wohnheimplätze, und so setzen wir in Rahmenzielvereinbarungen zusammen mit den Trägern „ambulant vor stationär“ um. Ambulantisierung ist ein wesentlicher Schritt zu Teilhabe und Inklusion in die normale Nachbarschaft.

Aber wir vom Landschaftsverband wollen bei mehr ambulanten Hilfe im Wohnbereich nicht stehen bleiben und freuen uns darüber, dass die AHG das genauso sieht und vorbildlich vorangeht. Psychisch kranke und besonders auch suchterkrankte Menschen haben einen umfassenden Hilfebedarf, der alle Lebensbereiche umfasst: den Wohnbereich, den Arbeits- und Freizeitbereich. Beim Wohnen in einem Wohnheim werden Hilfen in allen diesen Bereichen automatisch angeboten. Diese verschiedenen Hilfebereiche ambulant abzudecken ist wesentlich schwieriger, aber notwendig, um Teilhabe und Inklusion in einer normalen Nachbarschaft umzusetzen.

Es geht uns also wesentlich darum, die starren Grenzen zwischen ambulanten und stationären Hilfen zu überwinden und deswegen ist die Eröffnung dieser Räume für Ambulant Betreutes Wohnen und Tagesstruktur wichtig und zukunftsweisend.

Anrede,

heute eröffnen wir eine Anlaufstelle für Menschen die nicht nur betreutes Wohnen sondern darüber hinaus auch eine Tagesstruktur für ein suchtmittelfreies Leben brauchen. Neben der psychosozialen Stabilisierung und Abstinenz geht es hier um die Heranführung, Motivation und Befähigung zur Aufnahme von Arbeit. Insoweit handelt es sich um eine wichtige und sinnvolle Ergänzung des Leistungsangebotes insbesondere für ambulant betreute Menschen in der Region. Mein Dank gilt denen, die dies Angebot aufgebaut haben und sich hier weiter engagieren. Allen, die dieses Angebot nutzen wünsche ich sinnvolles Tun und viel Erfolg.

Ich freue mich, dass sich die AHG damit wieder als Innovationsmotor begreift und stärker im Stadtteil aktiv ist für Menschen die sonst gerne an den Rand gedrängt werden.

Vom Rand in die Mitte, darum geht es: nach dem ersten Schritt der Amulantisierung und zweitens einer Reform der Sektoren mit den Ziel ambulante und stationäre Grenzen zu verflüssigen geht es drittens um ein

Inklusives Gemeinwesen.

Anrede,

die UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung beschreibt dies als Menschenrecht: bestehende Barrieren sind zu beseitigen und das Handeln der Profis erfolgt als Dienstleistung. Dabei hat der Mensch mit Behinderung den Hut auf und ist nicht länger Objekt der Fürsorge. Im betreuten Wohnen und als Mieter einer Wohnung kann dies weitgehend umgesetzt werden. Aber es ist klar: Teilhabe und Inklusion findet nicht überspitzt formuliert in einem ambulanten Getto unter behinderten Menschen statt. Im Gegenteil: ambulante Strukturen sind darauf angelegt, die Verbindung zum Normalität zu leben. So wünsche ich uns, dass aus diesen Räume ein Treffpunkt wird, der Menschen mit und ohne Behinderung, Alt und Jung zusammenführt und offen ist als Quartiersstützpunkt für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, denn wir gehören alle zusammen. Hier sollen sich meiner Meinung nach zunehmend Betroffene, Profis und Bürgerhelfer treffen können um die Nachbarschaft wiederzubeleben. Zwischen dem ersten Sozialraum, dem Privaten und dem zweiten Sozialraum dem Öffentlichen brauche wir als Sozialen Kitt den dritten Sozialraum der Bürgerhelfer und Nachbarn, damit Hilfe auf gleicher Augenhöhe stattfinden kann und Solidarität gelebt wird.

Anrede,

ich mach mir keine Illusionen, dieser Prozess ist mühsam und kompliziert und der Träger, die AHG, ist mutig und zukunftsweisend und hat unsere breite Unterstützung verdient, denn noch widerspricht zum Teil die gesetzliche Grundlage diesen Anliegen der UN-Konvention.

So ist es falsch und ärgerlich, dass Menschen mit Behinderung erst ihr eigenes Einkommen einsetzen müssen und verarmen, um Hilfen zum Wohnen finanziert zu bekommen. Wir brauchen ein bundesfinanziertes Teilhabegeld. Und unsere Eingliederungshilfe ist immer nachrangig, erst muss der Betroffene oder andere Kostenträger zahlen. Und da ist es im Rahmen der Un-Konvention schlüssig, nicht vorschnell auf das letzte Sicherungssystem zu verweisen, die Sozialhilfe. Wir müssen Betroffene unterstützen – und diesen Auftrag hat die Verwaltung im Landschaftsverband ausdrücklich – dass vorrangige Kostenträger erreicht werden und Antragssteller nicht auf das letzte Sicherungssystem zurück gedrängt werde. Und dazu wird Herr Janich gleich mehr sagen können.

Anrede,

ich kenne Beschwerden von hier vor Ort aber auch aus Diskussionen im Sozialausschuss, dass es rheinlandweit bei der Kostenübernahme für Tagesstrukturierende Leistungen zwischen LVR und ARGE zu Schwierigkeiten kommt. Die Verwaltung hat von der Politik den Auftrag, mit allen Ebenen in der Arbeitsverwaltung zu sprechen und es zeigen sich auch schon da und dort

Erfolge. Wir haben den neuen IHP ist als Gesamtplan angelegt und wir vom LVR möchten gerne, dass andere Leistungsanbieter mit an den Hilfeplankonferenzen teilnehmen, um wirklich Hilfen aus einer Hand zu organisieren. In unserem gegliederten - um nicht zu sagen zergliederten - Sozialversicherungssystem geht es noch nicht anders.

Nehmen wir die aktuellen Herausforderungen an. Menschen mit Behinderung brauchen nicht nur Gastfreundschaft und Begleiter vom Rand in die Mitte unserer Gesellschafter, sondern auch Unterstützer, die den Widerstreit mit aufnehmen und bei der Kontroverse helfen. Dabei brauchen wir Ihre Unterstützung, dabei können Sie mit unserer Unterstützung rechnen. Ich wünsche allen, die hier ein und ausgehen und hier arbeiten viel Erfolg. Vielen Dank.